

Milena Riede

Partizipation und Demokratieförderung im Wohnumfeld durch Gemeinwesenarbeit

Zusammenfassung

Gemeinwesenarbeit ist eine zentrale Netzwerkakteurin und baut themenspezifische und unspezifische Netze zwischen Menschen, Gruppen und Institutionen im Gemeinwesen. Hierbei fördert sie eine partizipative, diversitätssensible und soziale Stadtentwicklung und unterstützt gemeinschaftliche Aktivitäten der Menschen zur Gestaltung der Lebenswelt. Lebensverhältnisse sollen im Sinne der Anwohner*innen verbessert werden, wobei insbesondere auf die Einbeziehung ökonomisch und/oder sozial Benachteiligter geachtet wird, so dass deren Interessen ebenfalls Gehör finden. Durch die Schaffung dauerhafter Beteiligungsstrukturen gelingt es, die politische Responsivität auch für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status zu verbessern. Mit Hilfe kreativer, nachhaltiger Angebote kann Gemeinwesenarbeit Lust auf Zukunft und die Gestaltbarkeit der Lebenswelt wecken.

Summary

Community work is a central network actor and builds topic-specific and non-specific networks between people, groups and institutions in the community. In doing so, it promotes participatory, diversity-sensitive social urban development and supports people's joint activities to shape their living environment. Living conditions are to be improved in the sense of the residents, whereby particular attention is paid to the inclusion of economically and/or socially disadvantaged people, so that their interests are also heard. By creating permanent participation structures, it is possible to improve political responsiveness also for people with a low socio-economic status. With the help of creative, sustainable offers, community work can awaken a desire for the future and the ability to shape the living environment.

1 Einleitung

Das Thema Wohnen wird als die zentrale soziale Frage der Gegenwart gesehen. Weil die eigene Wohnung die Grundlage gesellschaftlicher Existenz darstellt und absichert, ist der Rückgang sozialstaatlicher Versorgung mit Wohnraum seit den 1990er Jahren bei gleichzeitig fehlender großmaßstäblicher Wohnungsproduktion durch private Marktakteure in diesem Sektor besonders dramatisch und hat zu sehr angespannten Verhältnissen auf den Wohnungsmärkten der attraktiven Mittel- und Großstädte geführt. Das hat zur Folge, dass vor allem große Familien in den zentralen Lagen dieser Städte in zu kleinen Wohnungen leben: 6,4 Millionen Menschen lebten in Deutschland 2019 in überbelegten Wohnungen

(vgl. Statistisches Bundesamt 2020). Vor diesem Hintergrund erhält das wohnungsnahе Umfeld als Ausweichraum eine besondere soziale Bedeutung. Die Pandemie und die dadurch bedingten eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten hat die ohnehin schwierige Situation nochmal verschärft. Gleichzeitig ist dadurch ins öffentliche Bewusstsein gelangt, wie wichtig das Wohnumfeld ist. Sowohl die Umgebung der Wohnung, die Versorgung mit Grünflächen und öffentlichen Räumen, aber auch die soziale, nachbarschaftliche Stimmung im Gebiet beeinflussen maßgeblich die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen vor Ort.

Sozialstaatliche Sicherungssysteme haben in Westdeutschland über Jahrzehnte das Zusammenleben heterogener Milieus gesichert und wirkten räumlicher Ausgrenzung entgegen (vgl. Kronauer/Siebel 2013). Der politische Rückzug des Sozialstaates hat die soziale Desintegration und die zunehmende Ungleichheit in den Städten in Deutschland seit den 1980er Jahren befördert und dazu geführt, dass die Steuerungsmöglichkeiten der Städte in Bezug auf die sozialräumlichen Strukturen durch den gesunkenen Sozialwohnungsbestand stark eingebüßt haben (vgl. Häußermann/ Walther 2018, 2199).

Das führt zu einer seit Jahrzehnten voranschreitenden Polarisierung und Segregation von Wohnquartieren, die ihren Bewohner*innen sehr unterschiedliche Entwicklungschancen bieten. Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob Kinder z. B. in einer segregierten Großsiedlung mit einer sozioökonomisch benachteiligten Bewohnerschaft oder in einer bürgerlichen Einfamilienhaussiedlung mit Besserverdienenden aufwachsen. Ziel des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ ist es daher, mit integrierten Konzepten derartigen räumlichen Disparitäten innerhalb von Stadt- und Ortsteilen entgegenzuwirken. Seit 1999 werden segregierte Quartiere, die durch räumliche Ungleichheit und/oder Polarisierung gefährdet sind, in eine soziale Abwärtsspirale zu geraten, mit den Instrumenten der Sozialraumplanung gefördert (vgl. Walther 2007).

Schnur (2018) sieht durch Entankerungsprozesse im Rahmen der Globalisierung sowie aufgrund des sozialen und demografischen Wandels in unserer Gesellschaft, dass sich „eine Rückbettung ins Lokale ergibt“. Das Quartier mit seiner alltäglichen Lebenswelt wird im 21. Jahrhundert gewünscht und geschätzt und in diesen heterogenen sozialräumlichen Kontexten kann „Gemeinschaft“ produziert oder repräsentiert werden (vgl. Schnur 2018, 1833). Dieses *Lokale*, das Wohnumfeld, das Quartier, das Gemeinwesen, der Sozialraum bzw. der *sozialräumliche Kontext* sind

Gegenstand umfassender theoretischer Auseinandersetzungen in verschiedenen Disziplinen. In diesem Artikel wird auf Kenntnisse der Profession und Disziplin Soziale Arbeit Bezug genommen, die im Rahmen des Handlungsfeldes der Gemeinwesenarbeit umfassende Erfahrungen gesammelt und konzeptionelle Ansätze entwickelt hat, welche zur Förderung eines lebendigen, demokratischen Miteinanders beitragen. Hierfür wird zunächst das Thema Demokratieförderung und Demokratieverständnis näher betrachtet (Kap. 2). Auf der Grundlage einer Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie (vgl. Gesemann/ Riede 2021a) wird anschließend eruiert, welche Potenziale eine langjährige Gemeinwesenarbeit hinsichtlich der Förderung einer lokalen demokratischen Kultur auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene hat (Kap. 3). Anschließend beleuchtet das vierte Kapitel die Rahmenbedingungen für gelingende Demokratieförderung im Wohnumfeld, bevor abschließend eine Zukunftsvision lebendiger Gemeinwesen skizziert wird (Kap. 5).

2 Demokratieförderung durch Partizipation im Wohnumfeld

2.1 Erosionserscheinungen der Demokratie

Im Kontext der Demokratieforschung werden Erosionserscheinungen der Demokratie in zentralen Bereichen diagnostiziert. So stehen laut Wolfgang Merkel (2015) folgende Herausforderungen im Vordergrund: eine wachsende sozioökonomische Ungleichheit in Verbindung mit einer geringeren Wahlbeteiligung. Dies geht in den „unteren Schichten“ mit einem geringeren Wissen über Politik einher, wodurch die Interessenvertretung behindert und das demokratische Gleichheitsprinzip für Repräsentation und Partizipation gefährdet wird. Gleichzeitig bedroht der deregulierte (Finanz-) Kapitalismus das demokratische Primat staatlicher Handlungsfähigkeit. Die weithin globalisierten Märkte und damit verbundenen Probleme sowie politischen Entscheidungen sind eine Herausforderung für die nationalstaatlichen Demokratien (vgl. Merkel 2015).

Ein fundamentales Qualitätsmerkmal für eine lebendige Demokratie ist die politische Gleichheit – dass alle die gleichen Möglichkeiten haben ihre Meinung zu äußern und sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen (vgl. Wagner 2019, 64). Elsässer (2018) ist der Auffassung, dass ökonomische Ungleichheit in Deutschland in politische Ungleichheit übersetzt wird, da nicht alle sozialen Gruppen und insbesondere die

unteren Einkommens- und Berufsgruppen dieselben Möglichkeiten und Chancen haben, dass im politischen Prozess auch ihre Stimmen und Anliegen Gehör finden. „Wer einer unteren Einkommens- oder Berufsgruppe angehört, hat eine geringere Chance darauf, dass seine oder ihre Anliegen politisch umgesetzt werden“ (Elsässer 2018, 131). Dadurch entsteht eine selektive bzw. ungleiche politische Responsivität (vgl. Elsässer 2018, 24–25). „Responsivität bedeutet, dass die Regierung bei ihren Entscheidungen die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt und ihre Entscheidungen an deren Willen rückkoppelt“ (Oehler 2021, 14). Gleichwohl verfügen politische Repräsentant*innen auch über autonome Handlungsspielräume für politische Entscheidungen und die politische Repräsentation muss in diesem Spannungsfeld agieren (vgl. Oehler 2021, 14).

Bezugnehmend auf die aktuelle partizipative Demokratie kritisiert Kuder (2018), dass Beteiligungsverfahren häufig „von oben“ aufgesetzt werden, die Themensetzung eindimensional ist und die Interessen und Bedürfnisse der Menschen im Sinne eines ganzheitlichen Denkens zu kurz kommen (vgl. Kuder 2018, 32). Im Kontext einer Demokratieförderung muss es also darum gehen, den Anliegen benachteiligter Bevölkerungsgruppen auch eine Stimme zu verleihen und dazu beizutragen, dass diese Stimmen bei politischen Entscheidungen ernstgenommen und berücksichtigt werden. Genau dies kann die Gemeinwesenarbeit unter guten Bedingungen erreichen (siehe Kapitel 3 und 4).

2.2 Demokratieverständnis

Einen interessanten Anknüpfungspunkt für lokale Demokratie bietet das Demokratieverständnis des US-amerikanischen Philosophen und Reformpädagogen John Dewey. Für Dewey kommt dem alltäglichen Zusammenleben bezüglich der Demokratie eine zentrale Rolle zu: „Die Demokratie muss zu Hause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemeinschaft“ (Dewey 2001, 177). Dewey verbindet mit lokaler Gemeinschaft die Idee gelebter Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen sowie einen lebendigen kommunikativen Austausch, der über die eigene Gemeinschaft hinausreicht (vgl. Rausch 2017¹).

1 Für weitere Anknüpfungspunkte für lokale Demokratie siehe Gesemann u. a. 2021a, 16–17.

Oehler (2021) entwickelt mit Bezug auf Dewey eine demokratiethoretisch interessante Übersicht über Praxisformen lokaler Demokratie (siehe folgende Abbildung). Er unterscheidet sechs Praxisformen lokaler Demokratie, die idealtypisch auch bestimmten politischen Ebenen bzw. Bereichen zugeordnet werden: einem *latent politischen*, einem *informell politischen* und einem *formal politischen* Bereich lokaler Demokratie. Der *latente politische Bereich* ist weitgehend ohne einen expliziten Bezug auf die Politik und liegt damit außerhalb formaler und informeller politischer Prozesse und Strukturen. In diesem Bereich sind z. B. Vereine, Projekte und lokale (Bürger*innen-)Initiativen aktiv, die sich einem gelingenden Alltag (alltagskulturelle lokale Demokratie), Formen der Selbsthilfe sowie bürgerschaftlichem Engagement widmen. Wenngleich in der Regel eine politische Einflussnahme nachrangig ist, sind diese Akteure als Bestandteil lokaler Demokratie zu sehen und haben ihre Grundlage häufig im Lebens- und Wohnumfeld der Menschen. Durch eine punktuelle und projekt- bzw. themenorientierte Politikbezogenheit zeichnet sich der *informelle politische* Bereich aus, wie dies in der demonstrativen und deliberativen lokalen Demokratie deutlich wird. Hier ist der Politikbezug, z. B. der Demonstrationen oder Beteiligungsprozesse, deutlich und zumeist explizit, aber vielfach eher unverbindlich und zeitlich begrenzt. Die institutionalisierten und *formal geregelten Politikbereiche* der repräsentativen und direktdemokratischen lokalen Demokratie, wie z. B. Wahlrecht und Volksentscheide, werden im formalen politischen Bereich zusammengefasst.

Das demokratische Zusammenspiel lokaler Demokratie entsteht jedoch erst durch das Zusammenwirken dieser drei Politikbereiche, deren Grenzen durchlässig sind (vgl. Oehler 2021, 12–13). Hierbei kann

„[...] von einem vielfältigen und experimentellen Neben- und Miteinander von verschiedenen Formen lokaler Demokratie [gesprochen werden]. In dem Sinne umschreibt der Terminus lokale Demokratie zunächst ein Ensemble von Institutionen, Akteuren, Verfahren, Instrumenten, Handlungsorientierungen, ausgehandelten Ordnungen und Praktiken zur Selbstverwaltung, Steuerung, Gestaltung und zukunftsffenen Weiterentwicklung von öffentlichen lokalen Lebenszusammenhängen und Prozessen eines lokalen Gemeinwesens durch kollektive Selbst- und Mitbestimmung der Mitglieder dieses Gemeinwesens“ (Oehler 2021, 12).

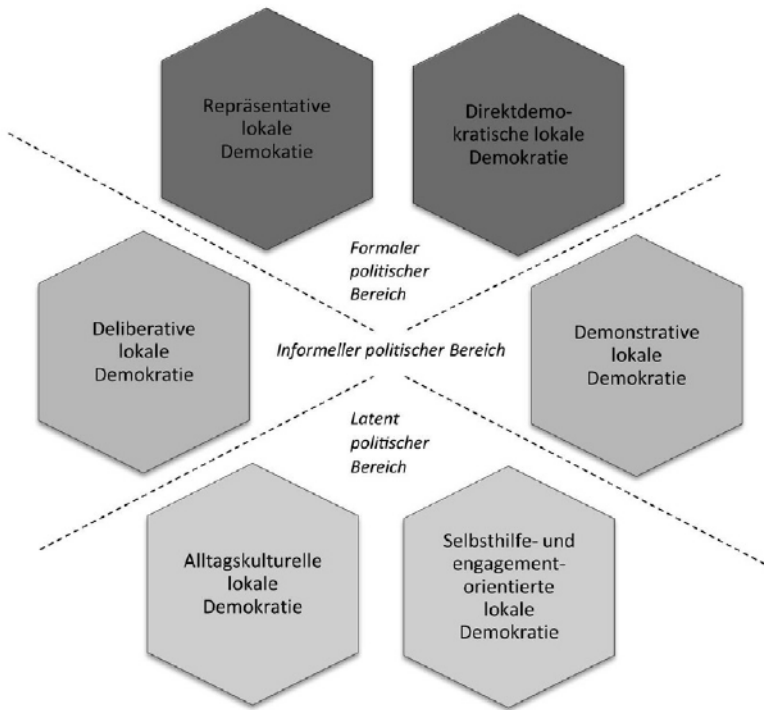


Abbildung 1: Praxisformen lokaler Demokratie (Oehler 2021, 11)

Gemeinwesenarbeit kann in allen drei Bereichen und multiperspektivisch zur Förderung lokaler Demokratie beitragen und Verbindungen herstellen (vgl. Oehler 2021), wobei sie insbesondere im latent politischen und im informell politischen Bereich agiert. Welche Potenziale eine langjährige Gemeinwesenarbeit hinsichtlich der Förderung einer lokalen demokratischen Kultur auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene hat, soll deshalb im Folgenden auf der Grundlage der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie (vgl. Gesemann/Riede 2021a) verdeutlicht werden.

3 Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

Die Profession Soziale Arbeit kann auf langjährige Erfahrungen und Wurzeln in der sozialen Gestaltung und Entwicklung des Wohnumfeldes zurückblicken, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen (1884 Toynbee

Hall London, 1898 Hull House Chicago, 1901 Volksheim Hamburg). Praktische Projekte der Gemeinwesenarbeit wurden seit den 1960er-Jahren vermehrt in Deutschland initiiert, zunächst im Rahmen sogenannter *Obdachlosensiedlungen* oder in *Neubausiedlungen*, wobei dies zumeist unter Trägerschaft der Kirche oder von freien Trägern erfolgte unter dem Motto: *Hilfe zur Selbsthilfe*. In den 1970er Jahren wurde neben den beiden *klassischen Methoden* der Sozialen Arbeit *Einzelfallarbeit* und *Gruppenarbeit* die sozialräumlich orientierte *Gemeinwesenarbeit* in die Lehre eingeführt (vgl. Oelschlägel 2016, 171–172).²

3.1 Grundlagen der Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit ist aus Sicht von Stövesand (2019) ein traditions- und variantenreiches Konzept und Handlungsfeld der Sozialen Arbeit. Hierbei nimmt das professionelle Handeln in der Regel z. B. Stadtteile als territorial bestimmte Zusammenhänge in den Blick, wobei das Ziel der Gemeinwesenarbeit die Verbesserung materieller und immaterieller Lebensbedingungen ist (vgl. Stövesand 2019, 557). Für die Gemeinwesenarbeit steht die Entwicklung einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit und ein kollektives Empowerment im Fokus, um zur Gestaltung bzw. Veränderung von sozialen, infrastrukturellen und politischen Lebensbedingungen beizutragen und nicht (primär) Bewältigungshandeln und Empowerment von Einzelnen (vgl. Stövesand/Stoik 2013, 16–17).

Oelschlägel (2016) definiert Gemeinwesen dabei wie folgt: „Ein Gemeinwesen ist ein soziales System, ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen, die in einem umschriebenen Gebiet (Stadtteil, Nachbarschaft, Straße, Dorf ...) leben und/oder arbeiten.“ (Oelschlägel 2016, 50) Hierbei zielt Gemeinwesenarbeit auf eine Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt und die Menschen sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden (vgl. Oelschlägel 2016, 51). Angesichts wachsender Polarisierung in der Gesellschaft ist eine klar demokratische und menschenrechtsorientierte

2 Weitere Einordnungs- und Abgrenzungsversuche von Gemeinwesenarbeit (auch zur Sozialraumorientierung) folgten und bis heute besteht eine erhebliche begriffliche Unschärfe (zur Vertiefung des Verhältnisses zwischen Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit siehe u. a. Fehren/Oliver 2017, 185–188; Stövesand 2019, 564–565).

Haltung der Gemeinwesenarbeiter*innen zentral, um entschlossen auch gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten zu können (vgl. Riede/Becker/Alkaide 2020, 269).

Gemeinwesenarbeit setzt sich parteilich für die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein und achtet darauf, dass deren Interessen ebenfalls Gehör finden. Weniger artikulationsstarke Menschen und Bevölkerungsgruppen werden dabei explizit in den Fokus gerückt und dahingehend unterstützt, dass ihre Anliegen bei Dialogen und Aushandlungsprozessen einbezogen werden. Rausch (2004) ist der Auffassung, dass

„[...] professionelle Parteilichkeit [meint], die Unterstützung sozial Benachteiligter, ungerecht Behandelter oder schlichtweg gehandicapter Personengruppen im Bemühen sich zu artikulieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Parteilichkeit will ungerechtfertigte Benachteiligungen überwinden, Beiträge zur Chancengleichheit leisten. Sie geschieht im Geiste der Aufklärung und der Menschenrechte und schließt somit notwendigerweise die Parteinahme für entgegengesetzte Bestrebungen aus“ (Rausch 2004, 89).

Zu den wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zählen vor allem Stadtteil- und Begegnungszentren, Gemeinwesenarbeits- und Stadtteilvereine sowie Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser. Die Trägerschaft haben überwiegend Wohlfahrtsverbände, kirchliche Träger oder Stiftungen, Trägerverbände oder die Kommunen inne. Ein breiter, zumeist stark projekt- bzw. angebotsbezogener Förderungsmix finanziert die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit (vgl. Potz u. a. 2020, 6).

3.2 Forschungsansatz der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit

Um mehr über die Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit und ihr Potenzial für lokale Demokratie zu erforschen, wurde eine kontrastierende Fallstudie in fünf Forschungsgebieten durchgeführt. Aufbauend auf theoretisch-konzeptionellen Überlegungen von Riede (2017b; 2019) zum Thema „Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin“, wurde im Rahmen der Studie auf folgende drei zentrale Themenfelder fokussiert: Förderung des sozialen Miteinanders, Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung sowie Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft. Die inhaltliche Arbeit in

diesen drei Feldern kann auf drei Wirkungsebenen zur Qualität lokaler Demokratie beitragen: einer individuellen, einer zivilgesellschaftlichen und einer kommunalen Ebene. Zur Visualisierung des Zusammenhangs zwischen Gemeinwesenarbeit und der Qualität lokaler Demokratie wurde folgende Strukturierungshilfe entwickelt (s. folgende Abb.). Zentrale Erkenntnisse bezüglich der Umsetzung in der Praxis werden in den folgenden Kapiteln vorgestellt.

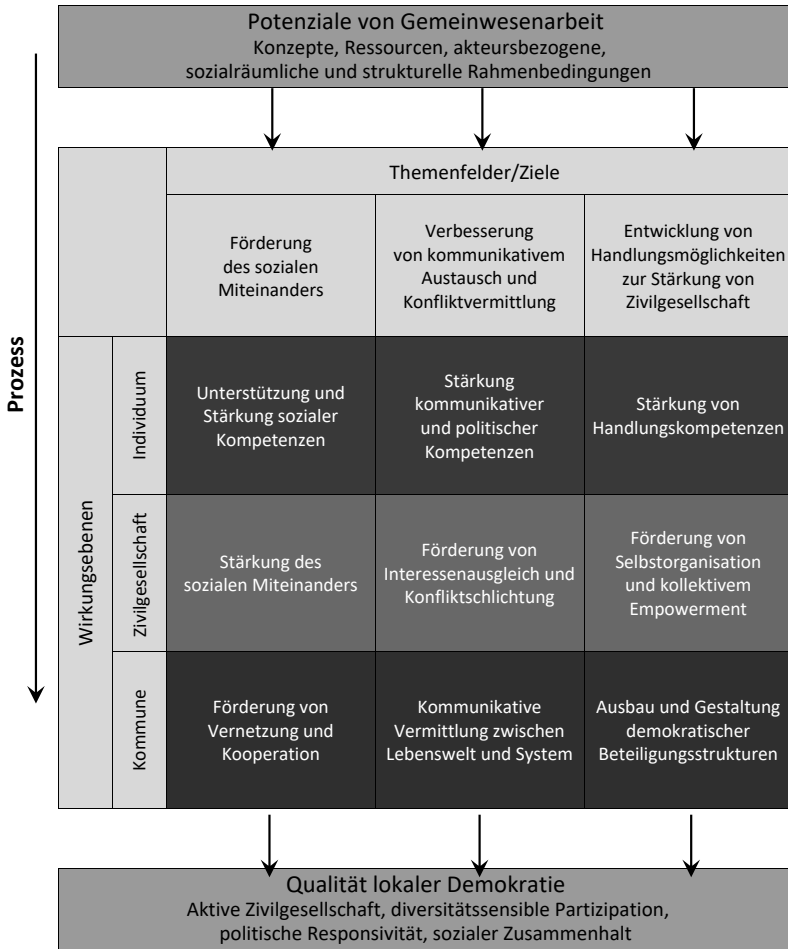


Abbildung 2: Strukturierungshilfe Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie (Gesemann/Riede 2021a, 28).

3.3 Förderung des sozialen Miteinanders

Für eine soziale Integration im Lebens- und Wohnumfeld sind niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen häufig ein wichtiger erster Schritt. Becker (2017) betont, dass eine nahräumliche Infrastruktur insbesondere für entfernungsensible Menschen wichtig ist, z. B. für Menschen mit körperlichen oder finanziellen Mobilitätseinschränkungen. Die Infrastruktur vor Ort ist mitentscheidend für Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben in ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht. Gerade für Menschen in schwierigen Lebenslagen beeinflussen die Gelegenheiten für soziale Kontakte deren Bewältigungsstrategien (vgl. Becker 2017, 178). In fast allen Forschungsgebieten findet in den Räumen der Gemeinwesenarbeit bzw. angrenzenden Räumlichkeiten von Kooperationspartnern Sozial- und Mieterberatung (und häufig weitere (Beratungs-)Angebote) statt, die als wichtiger Anknüpfungspunkt für eine erste Kontaktaufnahme mit den Menschen vor Ort fungieren (vgl. Riede u. a. 2021, 62).

Eine aufsuchende Arbeit der Gemeinwesenarbeit, das Hingehen zu den Menschen in ihr Wohnumfeld bzw. ihren Sozialraum, trägt aus Sicht der Interviewpartner*innen dazu bei, dass ganz unterschiedliche Menschen und Gruppen von der Gemeinwesenarbeit im Stadtteil angesprochen werden. So können neue Sichtweisen auf den Stadtteil kennengelernt und unterschiedliche Menschen zum Mitmachen eingeladen werden. Im Rahmen der Forschung konnten viele Beispiele für Empowermentprozesse von Bewohner*innen im Stadtteil festgestellt werden. Durch konkrete Unterstützung bei der Lebensbewältigung sowie eine Einbindung in Gruppenaktivitäten im Kontext der Gemeinwesenarbeit konnten die Menschen ihre sozialen Netzwerke ausbauen und vielfältige Kompetenzen trainieren und austauschen. Hierbei stehen vorhandene Fähigkeiten und Ressourcen der Menschen im Fokus, aber insbesondere auch Spaß und Selbstwirksamkeitserfahrungen. Denn es werden sich – wie mehrere Interviewpartner*innen in verschiedenen Gebieten betonten – nur Menschen einbringen und im Stadtteil aktiv werden, die im Kleinen die Erfahrung gemacht haben, dass sie etwas beitragen und bewirken können, dass ihre Stimme gehört wird (vgl. Riede u. a. 2021, 64).

Als Netzwerkakteurin für Einzelne und Gruppen erreicht die Gemeinwesenarbeit durch ihr buntes Mosaik sozialraumorientierter und sozialkultureller Angebote ganz unterschiedliche Menschen. Räume der Gemeinwesenarbeit sind zentrale Orte für Begegnung, Miteinander und Kommunikation und bei kreativen Aktivitäten, aber auch bei der

Bearbeitung von Themen und Projekten, wächst eine produktive Gestaltung eines vielfältigen Miteinanders im Stadtteil (vgl. Riede u. a. 2021, 68). Im Rahmen der quantitativen Befragung der Studie zu Potenzialen wünschten sich jedoch mehr als 1/3 der Menschen weitere Angebote und eine bessere öffentliche Infrastruktur, mehr Gemeinschaft und ein engeres Miteinander (Seidel/Gesemann 2021, 57), was auf ein deutliches Ausbaupotenzial hindeutet.

In allen fünf Gebieten des Forschungsvorhabens hat die Gemeinwesenarbeit die soziale Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund oder in schwierigen Lebenslagen ermöglicht. Dies gelang durch vielfältige Zugangsmöglichkeiten, einen langfristigen Beziehungs- und Vertrauensaufbau, eine aktive Einbindung bei Veranstaltungen, positive Erfahrungen im Miteinander und die Arbeit mit Schlüsselpersonen ethnischer Communities. Aufgrund einer chronischen, personellen Unterausstattung der Gemeinwesenarbeit können diese guten Ansätze jedoch nur teilweise umgesetzt werden (vgl. Gesemann/Riede 2021a, 8).

Die Arbeitsweise und Methoden der Gemeinwesenarbeit sind in verschiedenen Kontexten einsetzbar und sozial(kulturell)e Aktivitäten und positive Erfahrungen des Miteinanders bilden häufig den Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements.

Wie Bringt (2021) im Rahmen seiner Forschungsarbeit im ländlichen Raum in Ostdeutschland darlegt, können Methoden der Gemeinwesenarbeit auch im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zielführend sein, wenn auch dort an den lebensweltlichen Themen der Menschen angeknüpft und generationen- und geschlechtsübergreifend agiert wird. Insbesondere diskursgenerierende soziokulturelle Angebote wie z. B. Theateraufführungen, Lesungen etc. erscheinen dabei sinnvoll, um eine „(Wieder-)Aneignung von Partizipationswillen und Gestaltungskraft im lebensweltlichen Alltag der Menschen“ (Bringt 2021) zu fördern.

3.4 Förderung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung

Die Abwägung von Argumenten sowie der Austausch über öffentliche Anliegen sind zentrale Elemente einer lebendigen Zivilgesellschaft (vgl. Habermas 1992) und tragen zur Förderung einer Partizipations-, Dialog- und Streitkultur im Stadtteil bzw. Wohnumfeld bei.

In allen Untersuchungsgebieten der Forschungsstudie hat Gemeinwesenarbeit zur Verbesserung der Konfliktvermittlung und des kommunikativen Austausches beigetragen. Der Interessensaustausch wird in den meisten Gebieten in Form von themenbezogenen und z. T. regelmäßigen Diskussionsprozessen, wie z. B. Stadtteilkonferenzen, Anwohnerversammlungen und unterschiedlichen Dialogprozessen gefördert, wobei der Kreis der Teilnehmenden variiert und die Gemeinwesenarbeiter*innen häufig als Vermittler*innen in Konflikten agieren. Hierbei wird ein produktiver Umgang mit unterschiedlichen Interessen und Konflikten angestrebt, an gemeinsamen Interessen der Menschen angesetzt und das Verbindende in den Vordergrund gestellt (vgl. Riede u. a. 2021, 70). Bei den Veranstaltungen muss immer wieder auch für Toleranz gegenüber verschiedenen Meinungen geworben werden, denn die Meinungen und Interessen im Stadtteil sind vielfältig (vgl. Riede u. a. 2020, 269).

Um möglichst verschiedene Menschen zu beteiligen, der Vielstimmigkeit im Stadtteil und der Vielfältigkeit der Menschen gerecht zu werden, bedarf es ganz unterschiedlicher Partizipationsformate. Mit Hilfe kleinerer und größerer Dialogveranstaltungen und Partizipationsmöglichkeiten, im Rahmen von klassischen abendlichen Dialogveranstaltungen bis hin zu Diskussionen an Spielplätzen oder Straßenfesten, können unterschiedliche Menschen angesprochen und ihre Meinungen eingebunden werden (vgl. Riede 2019, 77). Hierbei legt die Gemeinwesenarbeit einen besonderen Fokus auf die Einbindung ökonomisch und/oder sozial benachteiligter Menschen.

Je heterogener die Zusammensetzung von Gruppen, desto zeitintensiver sind Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse sowie die Kommunikation untereinander (Sprachübersetzungen, inhaltliche Übersetzungsarbeit im übertragenen Sinn etc.). Aber auch schwierige Kommunikationsprozesse können konstruktiv sein, sie bergen die Chance auf eine Annäherung konfligierender Positionen und für einen Verständnisaufbau für Anliegen der anderen Seite. Allerdings ist es eine anspruchsvolle Daueraufgabe, zwischen verschiedenen Interessen im Stadtteil zu vermitteln, da bei nicht moderierten Prozessen die Gefahr besteht, dass Eigeninteressen in den Vordergrund rücken (vgl. Riede u. a. 2021, 66–67).

Gemeinwesenarbeiter*innen streben den kommunikativen Dialog und öffentlichen Diskurs an und arbeiten dabei mit unterschiedlichen Akteuren zusammen. Zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Wohnumfeld werden auf allen Ebenen Bündnisse geschmiedet, auch

mit der Verwaltung und politischen Vertreter*innen (vgl. Lüttringhaus 2011, 277–278). Die Forschungsergebnisse der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit belegen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeit und Verwaltung in vielen Gebieten im Laufe der Jahre verbessert hat, aber das Zusammenwirken mit Akteuren aus Politik und Verwaltung im Sinne einer Verstärkung gemeinsamer Arbeitsstrukturen noch deutlich ausbaufähig ist (vgl. Riede u. a. 2021, 77–78). Das Bewusstsein für eine stärkere Teilhabe und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an Entwicklungen im Gemeinwesen sowie für die Bedeutung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, ist durch die Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung weiter zu fördern.

3.5 Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft

Gemeinwesenarbeit unterstützt vorhandenes bürgerschaftliches Engagement je nach Bedarf, z. B. durch Beratung, räumliche und sonstige Angebote. Darüber hinaus werden aber auch Menschen, die damit noch keine Erfahrung haben, ermutigt, aktiv zu werden (vgl. Riede 2019, 76). Auch die Menschen sollen zum Mitreden und Handeln ermutigt werden, die von sich aus nicht auf die Idee kommen und deren Stimme bislang kein Gehör findet. Im Rahmen der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit wurde an verschiedenen Beispielen deutlich, wie wichtig ein Ansetzen an den Interessen bzw. der Motivation der Menschen ist und ihre Kompetenzen und Ressourcen im Blick zu haben, um Selbstorganisationsprozesse von Menschen zu fördern. Interessen und Bedarfe können über Gespräche, aber auch über Methoden wie aktivierende Befragungen oder Sozialraumanalysen herausgefunden und die Gruppenbildung im Sinne eines kollektiven Empowerments unterstützt werden. Allerdings ist für die Förderung von Selbstorganisation häufig eine umfassende Unterstützung durch Gemeinwesenarbeiter*innen notwendig. Gründe hierfür liegen in der Komplexität der Ermutigungsprozesse von Menschen, die z. T. mehrfach belastet sind, aber auch in der Langfristigkeit von Veränderungen im Stadtteil, was ein beharrliches Dranbleiben an den Themen sowie viel Ermutigungsarbeit erfordert (Bsp. Planung und Umsetzung eines Jugend- und Bürgerpavillions – sieben Jahre). Im gemeinsamen Handeln der Menschen wird eine aktive Zivilgesellschaft gefördert

und demokratische und kooperative Werte und Normen erlernt (vgl. Gesemann u. a. 2021a, 26.). Das braucht Zeit.

Durch den Aufbau von Partizipationsstrukturen, die eine Brücke bilden zwischen der Lebenswelt der Menschen und der lokalen Politik, wirkt Gemeinwesenarbeit der Erosion demokratischer Integration in benachteiligten Gebieten entgegen. Dies verbessert die politische Responsivität und hat transformative Auswirkungen auf die Sichtweise von Menschen und benachteiligten Stadtteilen (vgl. Gesemann/Riede 2021b, 103).

Die Zusammenschau der fünf Fallbeispiele hat deutlich gemacht, dass eine Einbeziehung und Ansprache von Menschen verschiedener ethnisch-kultureller Communities, Herkunftsmilieus, sowie sozial und/oder ökonomisch Benachteiligter in den Untersuchungsgebieten dann besonders erfolgreich war, wenn verlässliche, niedrighschwellige Anlaufstellen und Beteiligungsstrukturen geschaffen, Menschen in gemeinsame Aktivitäten aktiv eingebunden und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht wurden, sowie die Gemeinwesenarbeit Mitarbeitende mit eigener familiärer Migrationserfahrung hatte (vgl. Riede u. a. 2020, 269).

Aschenbrenner-Wellmann und Ehrismann (2014) bringen diese besondere Qualität und Kompetenz der Gemeinwesenarbeit wie folgt auf den Punkt:

„Insbesondere in einer Gesellschaft, die durch soziale Spaltung, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und eine Ökonomisierung des Sozialen gekennzeichnet ist, stellt die Gemeinwesenarbeit einen unverzichtbaren Bestandteil der Sozialen Arbeit dar, um das Interesse aller Bewohnerinnen und Bewohner am öffentlich-politischen Leben aufrechtzuerhalten, an einer Demokratisierung der Gesellschaft weiterzuarbeiten und gegen Politikverdrossenheit aktiv vorzugehen.“
(Aschenbrenner-Wellmann/Ehrismann 2014, 370)

Welche zentrale Bedeutung hierbei die Rahmenbedingungen und Kooperationen im Wohnumfeld und darüber hinaus für die Gemeinwesenarbeit haben, wird im nächsten Kapitel beleuchtet.

4 Rahmenbedingungen für gelingende Demokratieförderung im Wohnumfeld

Auf EU-Ebene haben sich die für Stadtentwicklung zuständigen Minister*innen 2007 zusammengeschlossen und Grundlagen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Stadtentwicklung formuliert, die sogenannte Leipzig Charta. Im Jahr 2020 wurden im Rahmen der überarbeiteten *neuen Leipzig Charta Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl* der Schwerpunkt auf eine stärkere Gemeinwohlorientierung europäischer Städte gelegt und eine Verbesserung der Lebensqualität in allen Städten und Gemeinden als Ziel formuliert (vgl. BMI 2020a). Entsprechende Leitlinien auf politischer Ebene sind also beschlossen, die auch eine konkrete Förderung von Gemeinwesenarbeit begünstigen sollten. Angesichts der spezifischen lokalen Herausforderungen und Bedarfe kann es jedoch keine *Patentrezepte* für die Gemeinwesenarbeit geben, sondern das Handeln muss möglichst passgenau an die Gegebenheiten angepasst und die Bevölkerung dabei maßgeblich einbezogen werden (vgl. Gesemann/Riede 2021b, 100).

4.1 Dauerhafte Strukturen und Finanzierung

Als 1999 das bundesweite Städtebauförderprogramm Soziale Stadt zur Förderung integrierten Handelns in benachteiligten Stadtteilen eingeführt wurde, erhofften sich viele Akteure der Gemeinwesenarbeit mehr finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit. Jedoch variiert die Ausgestaltung des Förderprogramms je nach Bundesland und die Realitäten vor Ort sind vielschichtig (vgl. Riede 2017a, 181).

Die Problematik finanzstruktureller Unsicherheit der Arbeit wird von zahlreichen Akteuren rund um die soziale Stadtentwicklung erkannt und wurde auch auf einer Fachveranstaltung zur Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt betont:

„Gemeinwesenarbeit ist nach wie vor oft strukturell nicht abgesichert, sondern über kurzfristige Projekte und Patchworklösungen finanziert, was bei den Trägern viele Kapazitäten bindet. Das ist eine ungünstige Konstellation für den wichtigen und zeitintensiven Kern der inhaltlichen Arbeit – den Vertrauensaufbau und die Bindungsarbeit, die in einem langfristigen Prozess auch einen Beitrag zur lokalen Demokratieentwicklung leistet.“ (BMI 2020b, 16)

Sowohl von Seiten des Deutschen Städtetags (Hilmar v. Lojewski) als auch vom Paritätischen Gesamtverband (Dr. Joachim Rock) wurde auf dem Bundeskongress *Mehr Quartier für alle – 20 Jahre Soziale Stadt* die Notwendigkeit und die besonders demokratiefördernde Wirkung durch die Gemeinwesenarbeit auf die lokale Bevölkerung betont, wie auch eine gesetzliche Grundlage zur Absicherung der Arbeit gefordert (BMI 2020b, 13).

Dietz und Wegner (2020) sind der Auffassung, dass Gemeinwesenarbeiter*innen es gewohnt sind, „[...] mit geringen Mitteln, unter Einschränkungen und niedrigschwellig [...] zu handeln“ (Dietz/Wegner 2020, 414). Dabei verfügen sie über ein hohes Potenzial für soziale Innovation und zur Improvisation, was z. B. in der Corona-Krise besonders notwendig ist (vgl. ebd.).³

Bis heute hat es Gemeinwesenarbeit nur vereinzelt geschafft, zu einer kommunalen Regelstruktur zu werden.⁴ Fehren (2017) kritisiert, dass eine Finanzierung der Gemeinwesenarbeit im Sozialrecht nicht ausreichend verankert und damit eine Finanzierung der Gemeinwesenarbeit schwer möglich ist, es fehlen klare Budget- und Ressortzuordnung. Daher wird Gemeinwesenarbeit als freiwillige Leistung aus höchst unterschiedlichen Ressorts der Kommunen finanziert, z. B. Jugend, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung etc. Einigen Bundesländer wie Niedersachsen, Hessen, Saarland (vgl. Fehren 2017, 188) und Baden-Württemberg (vgl. Potz u. a. 2020) ist es jedoch gelungen, Gemeinwesenarbeit explizit auf Landesebene zu fördern und eine nennenswerte Infrastruktur von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zu etablieren. Zumeist bleibt die Finanzierung von Gemeinwesenarbeit jedoch projektförmig (vgl. Fehren 2017, 188).

Sowohl die Studie *Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt*, als auch die Studie zu *Potenzialen der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie* haben anhand von Fallstudien vielfältige Belege für die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen für Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit gesammelt. In beiden Studien wird für eine Veränderung der Förderpraxis plädiert und konkrete Vorschläge unterbreitet wie z. B. veränderte Bundes-, Landes- und kommunale Förderprogramme (vgl. Potz u. a. 2020, 85–86; Gesemann/Riede 2021b, 104).

3 Interessant erscheint der Gedanke, wie Gemeinwesenarbeit das Wohnumfeld und das soziale Miteinander verändern könnte, wenn es gute Rahmenbedingungen hätte! Siehe Zukunftsvision lebendiger Gemeinwesen, Kapitel 5.

4 Ein Beispiel findet sich bei Groschke/Riede 2021, 40–41.

4.2 Kooperationen im Wohnumfeld

Um ein gutes Miteinander im Wohnumfeld zu ermöglichen, sind vielfältige Netzwerkaktivitäten von zentraler Bedeutung, was in allen Untersuchungsgebieten im Rahmen einer sozialräumlichen Vernetzung der Menschen und Akteure vor Ort bereits gut funktioniert. Anhand der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit wird ersichtlich, dass Gemeinwesenarbeit durch langfristige Beziehungsarbeit im Laufe der Jahre sowohl themenspezifische Netzwerke und Kooperationen, als auch themenunspezifische Beziehungsnetze im Sozialraum aufbauen kann. Diese Netzwerke erweisen sich in dynamischen Zeiten als besonders hilfreich, z. B. bei der Ankunft Geflüchteter oder in Zeiten der Pandemie, da auf vorhandenen Beziehungen und gewachsenen Strukturen aufgebaut werden kann. Auch themenspezifische Netzwerke, wie z. B. ein zivilgesellschaftliches Bündnis gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, konnte mit Hilfe der Gemeinwesenarbeit aufgebaut und zum Abbau von Vorurteilen und einem verbesserten Miteinander vor Ort beitragen (vgl. Gesemann/Riede 2021b, 101).

Das Potenzial sozialräumlicher Kooperationen in der Praxis, aber auch der fachliche Austausch verschiedener Disziplinen bezüglich einer sozialen Stadtentwicklung, erscheint jedoch deutlich ausbaufähig. So befassen sich zahlreiche Akteure mit Aktivitäten im Wohnumfeld, die fachlichen Erkenntnisse und Diskurse werden jedoch kaum zusammengeführt. Exemplarisch soll hier auf das Quartiersmanagement, Wohnungsbau-gesellschaften sowie kirchliche Akteure eingegangen werden.

Mehrere Fallbeispiele im Rahmen der Studie zu Potenzialen der Gemeinwesenarbeit zeigen, dass die Zusammenarbeit z. B. zwischen Quartiersmanagement, Nachbarschaftshäusern und Gemeinwesenarbeit produktiv sein kann und wichtige Synergien mit Hilfe der sozialräumlichen Kooperationen entstehen (vgl. Gesemann/Riede 2021b, 101). Eine explizite Betrachtung der Kooperation zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement hat jüngst im Rahmen der Studie zu *Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt* stattgefunden. Hierin wurde festgestellt, dass eine enge räumliche Verbindung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement oder eine gemeinsame Trägerschaft sich zuträglich auf die Handlungsfähigkeit in den Quartieren auswirkt. Eine Klärung der jeweiligen Kompetenzen und die Bereitschaft, die Zusammenarbeit als Mehrwert zu sehen, sind dabei Voraussetzung (vgl. Potz u. a. 2020, 6). Interessant erscheint, dass das Programm *Soziale Stadt* seit 2020 zum

Programm *Sozialer Zusammenhalt* umgewandelt wurde und die weitere Ausgestaltung darf mit Spannung erwartet werden.

Neben den Akteuren des Quartiersmanagements konstatiert Becker (2016), dass auch kommunale Wohnungsgesellschaften oder Wohnungsgenossenschaften Sozialarbeiter*innen anstellen und z. T. eine Art Quartiersmanagement implementieren. Diese bieten neben Beschwerdemanagement und klassischer Wohnungsberatung auch Sozialberatungen an, Konfliktmoderationen, die Initiierung sozialer Betreuungsnetzwerke sowie Anregungen und die Organisation gemeinsamer Bewohneraktivitäten (vgl. Becker 2016, 33–34).

Auch unter kirchlicher Trägerschaft finden Aktivitäten statt, die sich mit der Gemeinde in einem weltlichen Sinne auseinandersetzen. Während sich im Rahmen der evangelischen Träger ein Bundesnetzwerk „Gemeinwesendiakonie und Quartiersentwicklung“ gebildet hat (Bundesnetzwerk für Gemeinwesendiakonie und Quartiersentwicklung, 2021), haben katholische Träger Sozialraumorientierung als strategisches Ziel festgelegt. Gemeinsam haben Diakonie und Caritas an einem ökumenischen Projekt gearbeitet und im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms *Kirche findet Stadt* (2011–2017) viele Modellprojekte durchgeführt sowie einen gemeinsamen Begründungszusammenhang geschaffen (vgl. Deutscher Caritasverband e. V. 2017, 9). Potz (2021) hält Kirchen und Verbände für kommunale Schlüsselinstanzen für das Gemeinwohl bezüglich der Daseinsfürsorge und Stabilisierung von Gemeinwesen.

Zwischen diesen und weiteren relevanten Akteuren einer sozialen Stadtentwicklung erscheinen vermehrte fachliche Austauschprozesse relevant und zukunftsweisend. Wie ein gelingendes Zusammenwirken im Stadtteil mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit bei guten Rahmenbedingungen aussehen könnte, wird nun anhand einer Zukunftsvision dargestellt.

5 Zukunftsvision lebendiger Gemeinwesen 2025

Auf Grundlage der neuen Leipzig Charta (2020) wurde nach der Bundestagswahl im Jahr 2021 eine finanzielle Strukturförderung für Gemeinwohlorientierung gesetzlich verankert und damit in allen Bundesländern langfristige Förderprogramme für Gemeinwesenarbeit rechtlich abgesichert. Das Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt setzt hierfür den Rahmen, wird jedoch finanziell auch von weiteren Ministerien unterstützt (Soziales, Familie, Gesundheit, Umwelt u. a.).

Bundesweit flächendeckend wurden in allen Stadtteilen, Kiezen und Gemeinden Nachbarschaftstreffs, Stadtteilzentren oder Nachbarschaftshäuser eingerichtet, wobei umfassende Kooperationen und Synergien mit bereits bestehenden Akteuren im Gemeinwesen erreicht wurden. Die Personalbemessung für die Gemeinwesenarbeit wurde an der entsprechenden Orientierungshilfe von Becker (2016) ausgerichtet und, je nach Komplexität der Herausforderungen im Gebiet, die Anzahl an Gemeinwesenarbeiter*innen festgelegt.

Aufgrund des Flächenleerstandes durch den Strukturwandel in den Innenstädten infolge der Pandemie wurden ansprechende Räumlichkeiten von den Kommunen und freien Trägern für diese Nachbarschaftstreffs gemietet und ausgestattet. Diese gut erreichbaren, barrierefreien Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit wurden zu zentralen Orten des Miteinanders, der Innovation und Nachhaltigkeit entwickelt. Ein entsprechendes Programm mit vielfältigen Teilhabe-, Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten für alle im Gebiet wird kontinuierlich gemeinsam mit den Anwohner*innen und unter Nutzung der Ressourcen der Menschen vor Ort weiterentwickelt.

In allen Gemeinwesentreffs arbeiten heterogene Teams mit mehreren festangestellten Gemeinwesenarbeiter*innen, die die Menschen ermutigen und unterstützen aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Da sehr viele Menschen in Zeiten der Pandemie die Bedeutung des WIR neu entdeckt und erlebt haben, wie wichtig soziale Kontakte sind, sind die Nachbarschaftshäuser zu beliebten Treffpunkten im Gemeinwesen geworden. Mit Hilfe von sozial-kulturellen Aktivitäten, aber auch mit diversen Angeboten an Gruppentherapie (Tanztherapie, Gestalttherapie), Gesprächsrunden und Dialogangeboten, konnten die Menschen die negativen Zeiten und Auswirkungen der Pandemie bearbeiten. Viele Menschen nutzen die Stadtteilzentren zum geselligen Beisammensein, manche die kreativen (Tanz-)Angebote, andere das kostengünstige Angebot an Mahlzeiten, die von Ausbildungsbetrieben zubereitet werden. Oder sie leihen sich dort Dinge aus, die sie nicht so häufig benötigen (Maschinen, Lastenfahräder, Gesellschaftsspiele etc.).

Neben den sozialen Aktivitäten wird auch gemeinsam aktiv an einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung gearbeitet, gebastelt und geforscht. Um auch die jüngeren Generationen intensiv in die Zukunftsgestaltung einzubeziehen, wurden gezielt Zukunftsprojekte der Stadtteilzentren mit Schulen und Kindergärten durchgeführt und insbesondere kreative, visionäre und naturbezogene Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen

gefördert. Durch Kooperationen mit Fridays for Future haben sich in den meisten Stadtteilzentren Zukunftsdialoge und Projektgruppen entwickelt, um lokal zukunftsfähige Projekte der Gemeinwohlökonomie umzusetzen wie Bürgersolaranlagen, Carsharing Initiativen, Tauschringe, Nachbarschaftsgärten, Upcycling, Repair-Cafés, Foodsharing etc. Im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung finden Ausflüge in die Umgebung statt, Naturerkundungen, Erlebnistage, Tierspaziergänge, etc., wobei auch explizit diejenigen ermutigt und kostenfrei mitgenommen werden, für die dies eine neue Erfahrung darstellt. Einige Nachbarschaftszentren haben auch Tauschringe gegründet, in denen die Menschen Arbeit gegen Arbeit tauschen mit Hilfe einer künstlichen Verrechnungseinheit. Andere haben Kooperationen mit Landwirtschaftsbetrieben abgeschlossen, die eine solidarische Landwirtschaft praktizieren und schicken kleine Gruppen von Freiwilligen zu Hilfs- und Ernteeinsätzen im Gegenzug für wöchentliche Lieferungen der landwirtschaftlichen Erträge.

In jedem Gemeinwesen wurden Anwohnerinitiativen (*Bürger*innenräte*) gebildet, die sich aus einer dem Gemeinwesen angemessenen, heterogenen, geschlechtergerechten Personengruppe zusammensetzen. Bei themenbezogenen Stadtteilkonferenzen treten die Vertreter*innen der Anwohnerinitiative, aber auch alle anderen interessierten Anwohner*innen, in den Dialog mit Politik und Verwaltung und entwickeln gemeinsam passgenaue Lösungen für Themen und Probleme im Gebiet und unterstützen so eine bestmögliche Verwendung öffentlicher Gelder. Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeitende sind dankbar für die Expertise der Menschen in ihrem Wohnumfeld und auch darüber, den Menschen von ihren Sachzwängen und Herausforderungen in einem von der Gemeinwesenarbeit moderierten Rahmen darlegen zu können.

So ist es mit Hilfe der Gemeinwesenarbeit in wenigen Jahren gelungen, in sämtlichen Stadtteilen und Gemeinden eine diversitätssensible, demokratische Kultur des Miteinanders mit einer lebendigen Zivilgesellschaft aufzubauen, die die repräsentative Demokratie ergänzt. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit werden gemeinsame Such- und Lernprozesse ermöglicht, Widersprüche und Interessensgegensätze thematisiert und Lösungen gesucht, gestritten und gelacht. Vor allem aber wird gemeinsam konstruktiv an der Gestaltbarkeit der Lebenswelt und der besten aller Zukünfte gearbeitet.

Literaturverzeichnis

- Aschenbrenner-Wellmann, Beate; Ehrismann, Regina** (2014): Die Soziale Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen. In: Soziale Arbeit (DZI) 10–11/2014, 366–373.
- Becker, Martin** (2016): GWA-Personalbemessung, Orientierungshilfe zur Personalebemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartiersentwicklung. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag.
- Becker, Martin** (2017): Gemeinwesen, Quartiere, Gemeinwesenarbeit. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, 176–180.
- Bringt, Friedemann** (2021): Gemeinwesenarbeit als emanzipatorische Demokratiearbeit. Perspektiven eines sozialpädagogischen Handlungsfeldes in der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit. In: Gille, Christoph; Jagusch, Birgit; Chehata, Yasmine (Hg.): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa (im Erscheinen).
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat** (2020a): Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Neue Leipzig Charta für Stadtentwicklung verabschiedet. Pressemitteilung 30. 11. 2020. Die Neue Leipzig-Charta als Grundlage einer erfolgreichen europäischen Stadtentwicklungspolitik, online unter <<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/12/neue-leipzig-charta.html>>, abgerufen 25. 03. 2021.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat** (2020b): Bundeskongress „Mehr Quartier für alle – 20 Jahre Soziale Stadt“ – Bundeskongress am 26. November 2019 in Berlin, Kongressdokumentation, online abrufbar <https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Aktuelles/Meldungen/2020_04_06_Bundeskongress_20_Jahre_Soziale_Stadt_DOKU_Download.pdf?__blob=publicationFile&v=4>, abgerufen 20. 03. 2021.
- Bundesnetzwerk für Gemeinwendiakonie und Quartiersentwicklung** (2021): Kiez, Viertel, Quartier – Kirche Mittendrin: Gemeinwendiakonie, online unter <<https://gemeinwendiakonie.de>>, abgerufen 26. 03. 2021.
- Deutscher Caritasverband e.V.** (2017): Fachthema: Sozialraumorientierung und soziale Stadtentwicklung, online unter <<https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/caritas/sozialraumorientierung>>, abgerufen 28. 03. 2021.
- Dewey, John** (2001): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. (Original erschienen 1927: The Public and its Problems. New York: Holt Publishers). Aus dem Amerikanischen von Wolf-Dietrich Junghanns. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hans-Peter Krüger. Berlin/Wien: Philo.
- Dietz, Alexander; Wegner, Daniel** (2020): Gemeinwesenarbeit und Corona. Zur Bedeutung und zu den Herausforderungen kirchlicher Gemeinwesenarbeit. In: Soziale Arbeit 11, 411–416.
- Elsässer, Lea** (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt, New York: Campus.
- Fehren, Oliver** (2017): Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – ein ambivalentes Verhältnis. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, 185–188.

- Gesemann, Frank; Riede, Milena** (2021a): Zusammenfassung. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht (vhw – Schriftenreihe, 21), online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdp>, abgerufen 26. 03. 2021, 7–10.
- Gesemann, Frank; Riede, Milena** (2021b): Fazit und Ausblick. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht (vhw – Schriftenreihe, 21), online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf>, abgerufen 26. 03. 2021, 99–106.
- Gesemann, Frank; Riede, Milena; Freudenberg, Lea** (2021): Lokale Demokratie und Gemeinwesenarbeit – Theoretische Bezüge und Wirkungsmodell. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht (vhw – Schriftenreihe, 21), online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf>, abgerufen 26. 03. 2021, 16–29.
- Groschke, Amanda; Riede, Milena** (2021) Vorstellung der fünf Untersuchungsgebiete – Düren. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht (vhw – Schriftenreihe, 21), 40–43, online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdp>, abgerufen 26. 03. 2021,.
- Habermas, Jürgen** (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhr.
- Häusermann, Hartmut; Walther, Uwe-Jens** (2018): Soziale Stadt. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, 2197–2206, online unter <<https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/HWB%202018/Soziale%20Stadt.pdf>>, abgerufen 10. 5. 2021.
- Kronauer, Martin; Siebel, Walter** (Hg.) (2013): Polariserte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt, New York.: Campus Verlag.
- Kuder, Thomas** (2018): Lokale Demokratie. In: Schnur, Olaf; Drilling, Matthias; Niermann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, 29–38.
- Lüttringhaus, Maria** (2011): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim: Beltz Juventa, 277–281.
- Merkel, Wolfgang** (2015): Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, 473–498.
- Oehler, Patrick** (2021): Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit (vhw – Schriftenreihe, 20),

online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._20_Expertise_GWA.pdf>, abgerufen 25.02.2021.

- Oelschlägel, Dieter** (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteilichen Perspektive. In: Drilling, Matthias; Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, 45–56.
- Potz, Petra; Güntner, Simon; Rosenow, Roland; Zimmer-Hegemann, Ralf; Matzke, Felix Leo** (2020): Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsfürsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit. Studie im Forschungsprogramm Städtebauliche Begleitforschung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI), online unter <https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/GWA_in_der_sozialen_Stadt_Endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=8>, abgerufen 15.01.2021.
- Potz, Petra** (2021): Koproduktion von Gemeinwohl – Was können Kirche und Wohlfahrtsverband beitragen? In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 1, 19–23.
- Rausch, Günter** (2004): Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen Sozialer Arbeit. In: Odierna, Simone; Behrendt, Ulrike (Hg.): Gemeinwesenarbeit: Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Neu-Ulm: AG SPAK-Bücher, 83–94.
- Rausch, Günter** (2017): Demokratie beginnt in der Nachbarschaft. Handlungsoptionen der Gemeinwesenarbeit gegen Populismus. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 164(4), 132–134; 359–367.
- Riede, Milena** (2017a): Gemeinwesenarbeit und das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. Ein Beitrag zur Bestandsaufnahme. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 181–184.
- Riede, Milena** (2017b): Brückenbau und Demokratieförderung durch Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften. In: Sozialraum.de 1, online unter <<https://www.sozialraum.de/ausgabe-1-2017.php>>, abgerufen 08.08.2018.
- Riede, Milena** (2019): Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf; Drilling, Matthias; Niermann, Oliver (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS.
- Riede, Milena; Becker, Anna; Alkaide, Naomi** (2020): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in fünf Gebieten. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5, 264–270.
- Riede, Milena; Groschke, Amanda; Bruno, Antje** (2021): Potenziale und Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit – Ergebnisse qualitativer Interviews und Fokusgruppen in den Untersuchungsgebieten. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. In: Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung (vhw – Schriftenreihe, 21), 61–83.
- Schnur, Olaf** (2018): Quartier/ Quartiersentwicklung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: ARL.

- Seidel, Alexander; Gesemann, Frank** (2021): Sozialer Zusammenhalt und demokratische Integration im Stadtteil – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten. In: Gesemann, Frank; Riede, Milena (Hg.): Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht (vhw – Schriftenreihe, 21), 46–61.
- Statistisches Bundesamt** (2020): 6,4 Millionen Menschen lebten in Deutschland 2019 in überbelegten Wohnungen. Pressemitteilung Nr. N 079 vom 26. November 2020, online unter <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_No079_634.html;jsessionid=3B06994B9DB22E971B28781739A0F1CA.live741>, abgerufen 20. 02. 2021.
- Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph** (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph; Troxler, Ueli (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit, Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich (Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, 4). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, 14–36.
- Stövesand, Sabine** (2019): Gemeinwesenarbeit. In: Kessler, Fabian; Reutlinger, Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: Springer VS, 557–579.
- Wagner, Sabine** (2019): Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.
- Walther, Uwe Jens** (2007): Das Programm „Die Soziale Stadt“. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier. Stadt und Gesellschaft, online unter <<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/64444/einfuehrung>>, abgerufen 15.03.21.

Über die Autorin

Milena Riede, Prof. Dr. rer. pol., Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin, Professorin für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik an der Hochschule für angewandte Pädagogik Berlin. Email: m.riede@hsap.de.